

gen der Oberschicht, zu arbeiten, und verachteten diejenigen, die es taten. Sie füllten ihre Zeit mit der Jagd, literarischen Beschäftigungen, Festen, politischen Aktivitäten, Hobbys usw. aus und scheinen mit ihrer Situation recht zufrieden gewesen zu sein (zumindest wenn man von den gelangweilten Adligen absieht, die in Tschachows Geschichten auf der Datscha faulenzten). Moderne Ökonomen neigen dazu, Arbeit genau so zu betrachten, nämlich einfach als Kosten („c“), die durch höhere Löhne („w“) ausgeglichen werden müssen, um Menschen zur Arbeit zu bewegen. Wie Adam und Eva betrachten sie Arbeit als etwas implizit Schlechtes. Die gesellschaftliche Wohlfahrt wird durch Konsum maximiert, nicht durch „gute Arbeit“. Wenn das stimmt, dann können wir Menschen, die ihre Arbeit verlieren, einfach entschädigen, indem wir ihnen Geld geben.

Vielleicht ist die menschliche Psyche flexibel genug, um eine Welt des Überflusses, in der wenig oder gar nicht gearbeitet wird, eher als ein Segen denn als Apokalypse zu betrachten. Wenn die Aristokraten der Vergangenheit, die Rentner von heute und die Kinder aller Epochen ihre Zeit mit Spielen, Hobbys und Festen füllen konnten, können wir das vielleicht auch.

Arbeitslosigkeit bringt Schäden

Die Forschung zeigt jedoch, dass die psychologischen Schäden der Arbeitslosigkeit beträchtlich sind. Selbst nach Sicherstellung eines Einkommens ist sie mit Depressionen, Alkoholismus, Angstzuständen, sozialem Rückzug, gestörten Familienbeziehungen, schlechteren schulischen Leistungen der Kinder und sogar vorzeitiger Sterblichkeit verbunden. Die jüngste Literatur über den „Tod aus Verzweiflung“ zeigt, dass Arbeitslosigkeit mit einem erhöhten Risiko für Selbstmord und Überdosis einhergeht. Die Massenarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit dem „China-Schock“ in einigen Regionen der USA wurde mit einem erhöhten Risiko für die psychische Gesundheit der Betroffenen in Verbindung gebracht. Der Verlust des Selbstwertgefühls, des Sinns und der Nützlichkeit ist unvermeidlich in einer

DER AUTOR



Eric A. Posner
(*1965 in Chicago)
Ist Jurist und Professor an der University of Chicago

Law School. Sein Buch „How Antitrust Failed Workers“ ist 2021 bei Oxford University Press erschienen.

Gesellschaft, die Erwerbsarbeit wertschätzt und Arbeitslose verachtet.

Höhere Steuern auf KI

Die langfristige Herausforderung durch KI ist daher weniger die Frage, wie Wohlstand umverteilt werden kann, sondern wie Arbeitsplätze in einer Welt erhalten werden können, in der menschliche Arbeit nicht mehr geschätzt wird. Ein Vorschlag besteht darin, KI im Vergleich zu Arbeit höher zu besteuern, während ein anderer, kürzlich vom MIT-Wirtschaftswissenschaftler David Autor vorgebracht, darin besteht, die Entwicklung von KI mit öffentlichen Mitteln so zu gestalten, dass sie menschliche Arbeit eher ergänzt als ersetzt.

Keine dieser Ideen ist vielversprechend. Wenn die optimistischsten Prognosen über die künftigen Produktivitätsvorteile der KI zutreffen, müsste eine Steuer sehr hoch sein, um eine Wirkung zu erzielen. Außerdem werden KI-Anwendungen wahrscheinlich sowohl komplementär als auch substitutiv sein. Schließlich erhöhen technologische Innovationen in der Regel die Produktivität einiger Arbeitnehmer, während andere Aufgaben wegfallen. Greift der Staat ein, um komplementäre KI zu subventionieren, z. B. Algorithmen, die das Schreiben oder Codieren verbessern, könnte dies ebenso leicht dazu führen, dass Arbeitsplätze verdrängt werden, als dass sie erhalten bleiben. Selbst wenn durch Steuern oder Subventionen Arbeitsplätze am Leben erhalten werden können, die weniger wertvoll sind als KI-Substitute, wird der Tag der Abrechnung damit nur hinausgezögert. Menschen, die Selbstwertgefühl aus ihrer Arbeit beziehen, tun dies zum Teil, weil sie glauben, dass die Gesellschaft ihre Arbeit wertschätzt. Sobald klar wird, dass ihre Arbeit besser und billiger von einer Maschine erledigt werden kann, werden sie nicht mehr in der Lage sein, die Illusion aufrechtzuerhalten, dass ihre Arbeit wichtig ist.

Selbst wenn sich die Menschen langfristig an ein Leben in Muße anpassen können, lassen die optimistischsten Prognosen zur KI-Produktivität kurzfristig massive Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten erwarten. Das bedeutet erhebliche und für viele Menschen sogar dauerhafte Arbeitslosigkeit. Es gibt kein soziales Sicherheitsnetz, das groß genug wäre, um die Menschen vor den Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit und die Gesellschaft vor den politischen Unruhen zu schützen, die sich daraus ergeben würden.

Deutsch von Andreas Hubig. © Project Syndicate 1995–2024

QUERGESCHRIEBEN

VON THOMAS WEBER



Plädoyer für die „Hobbyjagd“: Engagement und Ehrenamt

Leidenschaft für Natur und handwerkliche Lebensmittel: Warum es eine gute Entwicklung ist, dass immer mehr Menschen den Jagdschein haben.

Sie sind die Lieblingsgegner derer, die die Jagd abschaffen wollen: die Hobbyjäger. Dabei handelt es sich um Zeitgenossen, die in ihrer Freizeit unbezahlt auf die Jagd gehen beziehungsweise in der Regel sogar dafür bezahlen, das tun zu können. Sie machen in Österreich die überwiegende Mehrheit der 131.736 Menschen aus, die z. B. 2022 eine gültige Jagdkarte hatten. Wie viele von ihnen tatsächlich regelmäßig draußen im Revier sind und bei wie vielen es sich eher um Karteileichen von zahlenden Sympathisanten handelt, ist nicht bekannt, aber

Die viel gescholtenen „Freizeitjäger“ lassen sich ihr Hobby einiges kosten - circa 4000 Euro im Jahr.

genheit (im gesellschafts-, nicht im parteipolitischen Sinn). Doch ungeachtet dessen, wie man zu den angeführten Anschuldigungen steht: Würden die Forderungen umgesetzt, entstünden durch das Wegfallen der zahlenden Jäger hohe Kosten. Denn dass Jagd eine Voraussetzung für Wald- und Landwirtschaft bleibt, erkennen sogar ihre schärfsten Kritiker an. Und die viel gescholtenen „Freizeitjäger“ lassen sich ihr Hobby einiges kosten - circa 4000 Euro im Jahr.

Bereits 2017 hat Friedrich Reimoser (Vet-Med-Uni und Boku) bei der Österreichischen Jägertagung nüchtern vorgerechnet, dass die Allgemeinheit ohne die Aufwendungen der Freizeitjäger ungefähr 9000 hauptberufliche Wildtiermanager finanzieren müsste. Da die Grundbesitzer auch für die wegfallende Jagdpacht entschädigt werden oder Nachtarbeitsstunden bezahlt werden müssten, wenn nach den jährlich 80.000 Wildun-

fällen verletzte Tiere aufzustöbern sind, lagen die errechneten Kosten damals bei knapp einer Milliarde. Auf Nachfrage kommt der pensionierte Professor mittlerweile auf 1,3 Milliarden Euro.

Allen heißblütigen Anfeindungen und kühlen Kostenrechnungen steht allerdings ein wachsendes Interesse an der Jagd gegenüber. In Österreich stieg die Zahl der Jägerinnen und Jäger seit 2017 um annähernd 5000 (zahlende) Personen. Zur Relation: Das jagdkritische Volksbegehren für ein einheitliches Bundesjagdgesetz, dessen Proponenten sich teilweise klar gegen die „Hobbyjagd“ aussprechen, ist binnen eines Jahres auf knapp 20.000 Unterschriften gekommen.

Dieses große Interesse ist grundsätzlich eine positive Entwicklung - sowohl die notwendige Kritik an z. T. überholten Praktiken als auch der aktive Zulauf zur Jägerschaft. Denn unter dem Strich bleiben aktives Engagement für Biodiversität und Wildtiere sowie steigendes Interesse für Wildbret und damit die Herkunft hochwertiger Lebensmittel. Das sollte man sich nicht schlechtreden lassen.

Zum Autor: Thomas Weber ist Gründer und Herausgeber von „Biorama“ (Magazin für nachhaltigen Lebensstil) und Buchautor (zuletzt: „100 Punkte Tag für Tag“). Er verantwortet die im Residenz-Verlag erscheinende Buchreihe „Leben auf Sicht“ und lebt im Marchfeld bei Wien. Er schreibt hier im 14-Tage-Rhythmus mit der Journalistin und Autorin Anna Goldenberg.

Morgen in „Quergeschrieben“: **Christian Ortner**

Um zum Ernst der Lage zurückzukehren: Antisemitismus ist die rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Antisemitismus ist tödlicher Ernst, wie wir tragischerweise die letzten Monate neuerlich erfahren mussten und müssen. Wenn „Milo Rau doch nur spielen will“, sollte er seine Auswahl der Spielpartner doch noch einmal überdenken. Vielleicht könnte er und auch die zuständige Stadträtin dieser Tage einen Blick auf die Ereignisse an amerikanischen Elite-Universitäten werfen. Dort hört sich der Spaß gerade wirklich auf.

Dem soeben konstituierten „Feuilleton-Rat der Presse“ wünsche ich fürderhin ein waches Auge und schicke solidarische Grüße.

Friederike Pacik, 1230 Wien

Vergelt's Gott

„Post-Covid-Fragen...“, GK von Andrea Komlosy, 15.4.

Ein herzliches Vergelt's Gott für Ihre informativen Zeilen. Es ist höchste Zeit, zu diesem Thema eine ehrliche, sachliche und unauf-

geregte Diskussion auf breiter Ebene zu führen, damit wieder Frieden werden kann.

Alois Wimmer, 4493 Wolferrn

Womit wurde das Vorzeigeprojekt finanziert?

„Geblergasse...“, „Stadtbild“ von Wolfgang Freitag, 24.4.

Wolfgang Freitag beschreibt ein Vorzeigeprojekt am Hernalser Gürtel, bei dem abgewohnte Gründerzeithäuser umfassend saniert und zu einem Exempel für zukunftsfähige Energieversorgung gemacht werden. Durch Erdwärmesonden, Fotovoltaikanlagen, Solarmatten und Wärmepumpen soll ein ganzer Häuserblock unabhängig von fossilen Energieträgern werden. So erfreulich diese Initiative ist, fragt man sich doch, womit dies alles finanziert wird. Denn mit den für Gründerzeithäuser geltenden Richtwertmieten und dem geltenden Steuerrecht kann man weder das Kapital für die Finanzierung derartiger Vorhaben ansparen noch die Kosten dafür abdecken.

Interessant wäre also zu wissen, welches Finanzierungskonzept dahinter steckt, wenn es als Vorzeigeprojekt für Nachahmer dienen soll.

DI Rudolf Göller, 1210 Wien

Wer Frieden will, muss sich für den Krieg rüsten

„Neutralität ist ein sinnloses Konzept“, Interview mit George Robertson, von Jürgen Streihammer, 16.4. Der Ex-Nato-Chef George Robertson (1999 bis 2003 Nato-Generalsekretär) spricht im Interview eine klare Sprache: Im Ernstfall hält die Neutralität nicht, was sie verspricht. Es ist schon richtig - und klingt auch wunderbar -, dass wir in unserem schönen Land bisher die friedlichsten 70 Jahre erleben durften. Dennoch ist dies ein Blick zurück, und eine Betrachtung, die nicht zu Ende gedacht ist. Es gilt nach vorne zu schauen! Im Ernstfall, wenn die Kriegshandlungen im Osten bis an unsere Grenzen heranrücken, werden wir militärische Hilfe benötigen. Erhalten wir sie nicht, werden unsere Demokratie

und unsere Freiheit gefährdet sein. Es ist an uns, Vorkehrungen zu treffen. Auch wenn es anstrengend klingt: Wer den Frieden will, muss sich für den Krieg rüsten!

Dkfm. Dr. Johannes Weinberger BA, 3100 St. Pölten

Triftige Gründe, Wohnung nicht zu vermieten

„Leerstandsabgabe: Tirol hat Fragen an die Justizministerin“, die-presse.com, 23.4.

Wer privat eine Immobilie besitzt, sollte über sein Eigentum verfügen dürfen. Das pauschale Anprangern von angeblich vorenthaltenem Wohnraum berücksichtigt nicht die zahlreichen triftigen Gründe. Eine Vermietung bedeutet, sich bei der Mietvertragserstellung umfassend juristisch abzusichern, bei der Auswahl der potenziellen Mieter Auskünfte einzuholen, mit juristischen Folgen einer angeblichen Diskriminierung von Interessenten zu rechnen, steuerliche Aspekte bei der Vermietung zu berücksichtigen, jährliche Abrechnungen zu erstel-

len. Vermietung kann zudem ein finanzielles Desaster bedeuten, wenn keine Miete fließt, die Wohnung verwüstet wird oder sie nicht frei wird, z. B. für Familienmitglieder. Es wäre Aufgabe der Politik, erst ausreichend Rahmenbedingungen zu schaffen zur Sicherung des Eigentums. Die Gemeinden könnten Wohnraum mit allen Risiken anmieten, sollten sie Bedarf an Wohnraum haben.

Dr. Erne Hackl, 5201 Seekirchen

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: stefanie.kompatscher

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.